

05.09.2017

Antrag

der Fraktion der SPD

Stopp der Fusion von ThyssenKrupp Steel Europe und Tata – Alternativen für die Zukunft der Stahlindustrie in NRW suchen

I. Hintergrund

Seit geraumer Zeit verhandelt die Konzernführung von ThyssenKrupp mit dem indischen Stahlkonzern Tata Steel über eine Zusammenlegung der europäischen Stahlproduktion der beiden Konzerne. Nach dem britischen Votum für einen Ausstieg des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union im letzten Jahr waren die Fusionsgespräche nicht weiter vorangeschritten, haben in den letzten Monaten aber wieder eine große Dynamik entwickelt.

In den kommenden Wochen soll nun laut ThyssenKrupp eine Entscheidung fallen. Die Konzerne erhoffen sich durch die Fusion Synergieeffekte mit Einsparungen von 400 bis 600 Mio. Euro jährlich. Tata Steel betreibt in Europa zwei große Stahlwerke in Port Talbot (Großbritannien) und IJmuiden (Niederlande). Zudem droht angesichts der derzeitigen Überkapazitäten im globalen und europäischen Stahlmarkt ein weiterer Abbau der Produktionskapazitäten. Eine Fusion von ThyssenKrupp Steel und Tata Steel Europe birgt die Gefahr, dass dieser Abbau im Zuge der Fusion auch an den Standorten in NRW erfolgt. Es steht daher zu befürchten, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Großteil der Lasten der Fusion zu tragen haben.

Die Stahlindustrie in Deutschland ist für leistungsfähige Wertschöpfungsnetzwerke vieler anderer Wirtschaftsbereiche wie die Automobilindustrie, die Windkraftwerkproduktion oder die Bauindustrie und damit für die Wirtschaftskraft insgesamt von zentraler Bedeutung. Sie ist notwendig und unverzichtbar zur Sicherung der Leistungs- und Innovationsfähigkeit der deutschen Industrie.

Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Stahl Land. Hier werden jährlich rund 16,5 Millionen Tonnen Rohstahl hergestellt. Das sind 38 Prozent der Produktion in Deutschland. In der NRW-Stahlindustrie sind 47.600 Menschen beschäftigt. Dies entspricht 56 Prozent der Stahlbelegschaften in Deutschland. Bei ThyssenKrupp Steel in NRW sind derzeit etwa 22.000 Menschen beschäftigt. Der Erhalt und die Weiterentwicklung einer modernen Stahlindustrie, die Arbeitsplätze sichert, gute Arbeit schafft und hochwertige Werkstoffe für unsere Wirtschaft produziert, muss daher das Ziel nordrhein-westfälischer Wirtschaftspolitik sein.

Datum des Originals: 05.09.2017/Ausgegeben: 05.09.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

II. Alternativen für den Stahlstandort NRW suchen – Fusion stoppen!

Angesichts der Bedeutung der Stahlindustrie für die Zukunftsfähigkeit der NRW-Wirtschaft und der vielen guten Industriearbeitsplätze in NRW muss sich die Landespolitik gegenüber den Konzernleitungen wie auch über die Bundesregierung massiv und mit klarem Votum für den Erhalt des Stahlstandortes NRW einsetzen. Das haben Vizekanzler Sigmar Gabriel und SPD-Vorsitzender Martin Schulz mit den Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmervertretern von ThyssenKrupp am 25. August 2017 getan. Sie haben darüber hinaus erste Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt, wie etwa eine Strategieausschuss von Konzernleitung, Betriebsräten, Gewerkschaften und Politik und die Zusammenführung der deutschen Stahlproduktion in einem gemeinsamen Unternehmen „Deutsche Stahl AG“. Auch die saarländische Variante der Montan-Stiftung Saar mit ihrer Beteiligung an den saarländischen Stahlunternehmen stellt eine denkbare Alternative dar.

Das „alternativlose“ Beharren auf einer Fusion mit Tata Steel seitens der Konzernleitung von ThyssenKrupp ist mit der gesamtstaatlichen Bedeutung dieser Entscheidung nicht zu vereinbaren. Aus Sicht des Landes, der Beschäftigten und auch der mit der Stahlproduktion verbundenen Unternehmen in NRW ist vielmehr dringend geboten, alternative Lösungen wie die erwähnten Ideen für die Zukunft der Stahlproduktion in NRW zu prüfen und anzugehen.

III. Der Landtag stellt fest,

- dass Tausende von Arbeitsplätzen in der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie in Gefahr sind, wenn die Fusion der Stahlsparte von ThyssenKrupp mit Tata Steel Europe vollzogen wird.
- dass es das Ziel der Landespolitik ist, moderne Stahlproduktion und hochwertige Arbeitsplätze in der Stahlindustrie in NRW zu sichern.
- dass es außer der diskutierten Fusion auch alternative Vorschläge und Ideen für die Zukunft der Stahlproduktion in Deutschland und in NRW gibt.

IV. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- sich gegenüber der Konzernleitung von ThyssenKrupp Steel gegen eine Fusion und für die Suche nach alternativen Lösungen für die Zukunft der Stahlproduktion in NRW einzusetzen.
- sich mit Nachdruck für den Erhalt einer starken Stahlindustrie einzusetzen und dabei auch unkonventionelle Lösungen wie eine „Deutsche Stahl AG“, eine Stiftungslösung oder andere Formen der Zusammenarbeit der deutschen Stahlproduzenten zu prüfen und sich aktiv für deren Umsetzung zu engagieren.
- unverzüglich einen „Stahlgipfel“ unter Beteiligung von ThyssenKrupp, der Gewerkschaft und der Betriebsräten einzuberufen, um diese Alternativen zu diskutieren.

Norbert Römer
Marc Herter
Michael Hübner
Sarah Philipp
Frank Sundermann

und Fraktion